

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.), Tel. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz, Tel. (075) 2 21 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988



Anzeigenpreise: die 1 Spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
 Inland 8 Rp. 21 Rp.
 Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
 Uebrige Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
 Ausland 13 Rp. 29 Rp.



Anzeigenannahme für das Inland:
 Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
 Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
 Schweizer Annoncen A.-G.
 St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Organ für amtliche Kundmachungen

Kulturpolitische Aufgaben der Gemeinden

Anlässlich des österreichischen Gemeindetages, der dieses Jahr in Dornbirn stattfand und an dem auch Vertreter von Gemeinden unseres Landes teilnahmen, sprach der Oesterreichische Erziehungsminister Dr. Heinrich Drimmel über das Thema «Die Kulturpolitischen Aufgaben der Gemeinden». Der Minister definierte den Begriff «Kulturpolitik». Darunter verstehe man jenen Teil der Politik, der auf die Ordnung wichtiger Lebensbereiche abziele, wie Ehe, Familie, Schule, öffentliche Gesittung und die Unantastbarkeit des werdenden Lebens. Der Minister kam weiter auf die Tatsache zu sprechen, daß in den letzten Jahrzehnten der öffentlichen Hand immer größere Aufgaben hinsichtlich der Förderung und Pflege der Kultur im weitesten Sinne des Wortes zugefallen seien, nachdem die früheren Mäzene nicht mehr ihre führende Rolle gespielt hätten.

Angeht die Tatsache, daß man in unserem Lande auch heute noch die kulturpolitischen Aufgaben in den Gemeinden entweder verkennt oder ihnen noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkt, dürfte es nicht uninteressant sein, von den konkreten Vorschlägen, die der Minister in seiner Rede begründete, jene herauszugreifen, die auch für uns in ihrer ganzen Bedeutung zutreffen. So führte er u. a. aus:

Die Gemeinden sollten ihre Aufgaben unter allen Umständen als eine Subsidiäre betrachten, d. h. sie sollen nicht Aufgaben an sich reißen, die von freien, privaten, kulturellen Organisationen besorgt werden können. (Diese Gefahr dürfte bei uns nicht allzu groß sein.) Ihre Pflicht bestehe zuallererst in der verständnisvollen Förderung und in der finanziellen Unterstützung. Die Förderung der einzelnen kulturellen Bereiche sollten nach einem System «des offenen Horizontes» vor sich gehen.

An die Spitze seiner Vorschläge stellte der Minister die Behebung des seelischen Notstandes, in der sich ein Großteil der heranwachsenden

Jugend befindet. Diese Jugend ist am meisten durch ihr prinzipielles Privatisieren bedroht. Wenn wir das Aufkommen eines «Neobarbarentums» in unseren Gemeinden verhindern wollen, dann heißt es, Lehrlings- und Schülerheime, Jugendheime, Jugendbüchereien und Sportplätze zu errichten. An der Jugend dürfe nicht gespart werden. Einer wohlwollenden Obhut der Gemeinde sei auch die Erwachsenenbildung zu empfehlen, als deren wichtigste Mittel der Redner die Volkshochschulen und andere Bildungswerke bezeichnete. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Erwachsenenbildung sei die Demokratie. Auch schlug er für eine kulturbewusste Gemeinde die Förderung des Büchereiwesens vor. 40 Prozent des Bestandes einer solchen Bücherei sollten wertvolle Kinder- und Jugendbücher ausmachen. Als eine weitere Aufgabe bezeichnete der Redner die Förderung der Begabten.

Was bei uns vor allem fehlt, ist eine aufbauende Kulturpflege, die sich nach bestimmten Zielsetzungen richtet. Jede Förderung wird in ihrem Wert zum voraus geschmälert, wenn sie nicht einem gewissen Programm dienen kann, das gewisse Ziele verfolgt. Wir möchten dabei gar nicht einer sog. Lenkung das Wort reden, sondern lediglich darauf hinweisen, daß eine ordnende Kraft neben der Förderung fehlt. Bei uns sind sich die kulturellen Organisationen selbst überlassen, d. h. es kümmert sich niemand um ihr Kulturprogramm. Die Förderungsbeiträge fließen ihnen zwar aus öffentlicher Hand zu oder sie werden ihnen bereitgestellt, soweit es nach Ansicht der zuständigen Stellen notwendig ist. Es fehlt aber das bindende Glied zwischen den Organisationen und jene Stellen, die über die Mittel verfügen, das ist die öffentliche Hand. Es müßte jemand da sein, der den zuständigen Stellen über die Arbeit der kulturellen Organisationen berichtet, die entsprechenden Wünsche vorbringt und aber auch dort Kritik übt, wo diese angebracht wäre. Die wichtigste Funktion bestünde jedoch darin, besonders begabte Kräfte zu fördern und ihnen in der

weiteren Entwicklung beratend und helfend beizustehen. Auch für gewisse kulturelle Anlässe wäre eine Koordinationsstelle von größter Wichtigkeit.

Weiterbildungskurse 1959/1960

Der Zuspruch zu den Kursen, die in den beiden vergangenen Wintern vom Arbeitsamt und der Berufsberatungsstelle veranstaltet wurden, war so groß, daß sie auch heuer wieder stattfinden werden.

Die Veranstalter werden sich nun besonders bemühen, auch bei geringerer Beteiligung Kurse für Fortgeschrittene zu halten und das Programm der Vorjahreskurse fortzusetzen.

Es wird auch versucht werden, den Besuch in der Form zu erleichtern, daß bei einer genügenden Zahl von Teilnehmern aus irgend einer Gemeinde der Kurs am Wohnort der Teilnehmer abgehalten wird.

Das Arbeitsamt und der Berufsberater nehmen sehr gerne Anregungen entgegen, die sich auf den Ausbau der Einrichtung beziehen, besonders für die Abhaltung weiterer Kurse.

Baldige Anmeldung beim Arbeitsamt ist erwünscht. (Näheres im Inseratenteil des Bl.)

Vier Jahre Gemäldeausstellung in Vaduz

71 559 Besucher

Am 10. September 1959 konnte die Ausstellung von Gemälden aus der Galerie Liechtenstein in Vaduz auf ihr vierjähriges Bestehen zurückblicken. Es ist ein erfreulicher Rückblick, hat sich doch der Besuch der Gemäldeausstellung ganz ausgezeichnet entwickelt und in diesem Jahre dank der beachtlichen Zunahme des Fremdenverkehrs einen Höchststand erreicht.

Besonders auffallend ist in diesem Jahre der überaus lebhaft Besuch von Vereinen, Betrieben, Reisegesellschaften, Schulen etc., für die der Besuch der Ausstellung nach übereinstimmenden Urteilen zu schließen, jeweils der Höhepunkt ihres Aufenthaltes in unserem Lande bedeutete. Da die meisten dieser Gruppen eine Führung beanspruchen, mußten neben den täglichen Führungen um 11 Uhr und um 16 Uhr noch zahlreiche Sonderführungen eingeschaltet werden.

Das größte Besucherkontingent stellt Deutschland (auch hinsichtlich der Gruppen) und zwar in erster Linie der süddeutsche Raum. An zweiter Stelle folgt die Schweiz und an dritter Stelle Oesterreich. Viele Besucher kamen auch aus England, USA, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark.

Recht ansehnlich sind die Besucherziffern in den Vor- und Nachsaisonmonaten, aber auch über die Wintermonate, so daß eine Offenhaltung über den Winter als gerechtfertigt erscheint.

Die nachstehende Besucherfrequenz seit der Eröffnung der Ausstellung am 10. September 1955 bis 10. September 1959 läßt die erfreuliche Entwicklung des Besuches erkennen.

Monat	1955	1956	1957	1958	1959
Januar	—	306	204	335	215
Februar	—	323	324	305	310
März	—	621	744	482	1675
April	—	996	969	1202	1613
Mai	—	1681	1279	1801	2555
Juni	—	1573	1551	2268	3477
Juli	—	2157	2494	2832	3928
August	—	3563	3324	3852	5484
September (ab 10. 9. 55)	1886	1716	2068	2803	1229 (bis 10. 9.)
Oktober	1973	902	1243	917	—
November (vom 11. 11. 55 — 6.	293	355	408	425	—
Dezember 1. 1959 geschlossen)	—	204	292	402	—
	4152	14397	14900	17624	20436

Somit wurde die Gemäldeausstellung in den vier Jahren ihres Bestehens von insgesamt 71 559 Personen besucht. Ein schöner Erfolg!

Tribüne
 DER FREIEN MEINUNG

Maßnahmen gegen Bodenspekulationen
 Daß nicht nur bei uns die Bodenspekulation zu Maßnahmen zwingt, beweist nachstehender Bericht, der von einer Studienkommission zur Bekämpfung der Bodenspekulationen im Kanton Uri stammt. Dieser Bericht gibt uns wertvolle Aufschlüsse über den Stand der Dinge, wie sie sich überall ergeben, wo die Spekulation Platz gegriffen hat.

Die Urner Regierung teilte dem Eidg. Justiz- und Polizeidepartement ihre Antwort auf den Bericht der Studienkommission zur Bekämpfung der Bodenspekulation mit. Sie ist der Ansicht, daß der vorgezeichnete Weg nicht in allen Teilen gangbar ist. Die Bodenspekulation — sie ist zum Glück im Urnerland nicht von Bedeutung — ist nach ihrer Meinung nicht die wesentliche Ursache für die Steigerung der Bodenpreise. Diese ist vielmehr in der großen Nachfrage infolge der starken Bautätigkeit zu erblicken, gegenüber welcher das Bauland immer knapper wird. Mit dem Rückgang der Baukonjunktur sinkt automatisch auch die Nachfrage und damit der Bodenpreis.

Der Expertenbericht legt den Gemeinden nahe, größere Landreserven zum Zweck des späteren Wiederverkaufs und damit zur Regulierung des Baulandangebots anzulegen. Die Erfahrung der letzten Zeit zeigt aber, daß die Gemeinwesen Mühe haben, Reserve-Bauland zu beschaffen, das sie für die eigenen Bedürfnisse in absehbarer Zeit benötigen. Wenn auf dem Bodenmarkt auch noch die Gemeinden als Käufer auftreten, wird der Preisaufrtrieb wesentlich verschärft. Es tritt dann das Gegenteil dessen ein, was erstrebt wird. Die weiter vorgeschlagene Einräumung eines «Zugrechts» zugunsten der öffentlichen Hand im gesetzlichen Verkaufs- und Vorkaufsrecht würde einen massiven Einbruch ins Privateigentum schaffen, der offensichtlich gegen die Eigentumsgarantie verstieße. Auch die Einführung einer Sperrfrist ist kein taugliches Mittel zur Verhinderung der Bodenspekulation bzw. zur Eindämmung der Preissteigerung. Sie bedeutet einen scharfen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit.

Was die kreditpolitischen Maßnahmen angeht, so haben die Hypothekarkreditgeber zweifellos mancherlei Möglichkeiten, rein spekulative Käufe durch Beschränkung und Verweigerung des Kredites zu verhindern. Eine gesetzliche Beschränkung der Pfandbelastung muß aber strikte abgelehnt werden.

Argus.



Der Schweizer Bundespräsident besucht die Ausstellung eines Liechtensteiner Künstlers in Bern.

Unser Bild zeigt den Schweiz. Bundespräsidenten im Gespräch mit Rudolf Schaedler.